

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 154

Bezugspreis: vierteljährlich 2 40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beilage; durch die
Post 2 25 M. bzw. 75 Pfg. ohne Beilage.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag, den 4. Juli 1918.

Anzeigenpreis (zählbar im voraus):
die sechszeilige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

2. Juli. Feindliche Teilangriffe am Oura und bei
Buran-Obieru werden zum Scheitern gebracht.

Eine Großtat für Kurland.

Wunderbar: alles, was für die besetzten Gebiete des
Kurlands geschieht, trägt auch jetzt noch die Unterschrift von
Hachenburg, ist auch jetzt noch vom Geiste Ludendorffs
geprägt, der die Verwirklichung von Kurland und Litauen
am ersten Tage an auf eine gesunde und leistungsfähige
Grundlage zu stellen verstanden hatte. So muß es auf
einen Augenblick selbst dem feindlichen Beobachter
klar werden, daß der Chef des
Generalstabes des Feldheeres in diesen Tagen eine Ver-
sicherung herausgegeben hat, die auf nichts geringeres ab-
zielt als auf Lösung der Bodenfrage für Kurland. Allein
schon alles und jedes, was uns heutzutage be-
trifft, mit dem Kriege in Zusammenhang steht, so wohnt
auch der Schaffung eines gesunden Bauernstandes an
der Ostgrenze eine weitgehende militärische Bedeutung
an, ganz abgesehen davon, daß unsere Heeresleitung sich
für die Zukunft des von ihr eroberten Gebietes bis
zu einem gewissen Grade mit verantwortlich fühlt. Da-
her ist es gekommen, daß jetzt das große Werk der in-
ternationalen in Kurland zunächst unter militärischer
Regelung.

Die Verfügung des Generalfeldmarschalls geht von
einem Gesichtspunkt aus, daß das deutsche Volk an einer
Verwirklichung seines Nahrungsbedürfnisses ein weitgehendes
Interesse habe und ebenso daran, daß in Kurland
an Leib und Seele gesunder Menschenblut heran-
gewonnen werden kann, der sich wohl fühlt in dem von der Bauernschaft
besetzten Lande und gern mit uns Hand in Hand arbeiten
an den Wirtschaftsaufgaben der gemeinsamen Zukunft.
Daher kommt kaum Propaganda dazu, um einen starken
Einfluß für das schöne Gotteslandchen voranzutreiben,
sondern erst der deutsche Kultureinfluß sich unbehindert von
den Feinden des Krieges wird geltend machen können.
Dieser Auffassung aber nicht nur einer dünnen
Schicht, den sogenannten baltischen Baronen
kommen darf, ist eine stilles Forderung,
deren Aufstellung Hindenburg und Ludendorff
wieder einmal dem allgemeinen Rechtsbewußtsein
haben. Deshalb wird bestimmt, daß jeder Be-
weiser der mehr als dreihundert Jahre sein eigen nennt,
ein Drittel für die Schaffung von Bauernstellen
in Friedenspreisen des Jahres 1914 zur Verfügung zu
haben. Das ist keine Vergeßlichkeit des Großgrund-
besitzes, etwa nach russischem oder ukrainischem Vorbild.
Gegenteil, er selbst ist es gewesen, der schon im ersten
Jahre der deutschen Okkupation mit einem freiwilligen
Angebot dieses Inhalts hervorgetreten ist, einmal um seine
Freundschaft ungewiss zu befinden, dann aber
um sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er die
Wende der politischen Herrschaft unfehlbar zu
seinem Vorteil zu verwenden, die Boden und seiner Er-
träge ausschließlich auf die eigenen Mühlen zu leiten
wolle. Überdies konnte er mit berechtigtem Stolz
aufweisen, daß er bereits vor dem Kriege
eigenem Antriebe und trotz sehr starker Wider-
stände der russischen Verwaltung mit der An-
siedlung deutscher Bauern den Anfang gemacht habe;
weniger als 20 000 solcher Kleinbesitzer hatten einige
hundert Jahre der Ritterschaft von der Wolga und aus
Litauen im Lande angesiedelt. Hier brauchte nur an-
geordnet zu werden, wenn man Großes erreichen wollte.
„Landgesellschaft Kurland“ wird mit der Durch-
führung dieser groß angelegten Bodenreform betraut, ähn-
lich wie die Königl. Anstaltskommission für Polen und
Lithauen den gleichen Aufgaben diesseits der Ostgrenze
übertragen hat. Ihr ist das Drittland abzutreten, sie hat
die Entwicklung zu erledigen, die neuen Stellen zu
schaffen und mit geeigneten Kräften zu besetzen. Ihr wird
auch — und das ist sehr wichtig, um ungeheuren
Verzögerungen von vornherein den Weg zu verlegen —
Vorkaufrecht eingeräumt sowohl bei freiem wie bei
Verkauf der Güter, die Bodenbesetzung wird sich
unverzüglich ein freies Feld für ihre Tätigkeit suchen
lassen. Das freie Kurland wird von ihr ebenso verwaltet
werden, wie es in Kiautschou der Fall war, wo andere
Verwaltung gleichfalls von Anfang an auf Schaffung
von Besitzverhältnissen Bedacht genommen hatte.
Um so größerem Vertrauen darf dann aber auch
die Arbeit und deutsches Kapital für dieses große
Werk bereitgestellt werden. Gemeinnützige Organi-
sationen, denen die erfahrensten Kräfte aus dem Reiche
zur Verfügung stehen, sind bereits ins Leben gerufen, um
nach vielen Worten endlich zu Taten überzu-
gehen. Wir wissen, daß zahlreiche deutsche Kriegs-
gefangene schon seit Jahr und Tag darauf warten, sich in
niederlassen zu können, und von den Hundert-
tausenden von deutschen Bauern im südlichen Kurland
auch jetzt noch viele vorziehen, in ein Gebiet

abzuwandern, das aller menschlichen Voraussicht nach vor
einer Wiederkehr der schlimmen Erfahrungen dieser schweren
Kriegszeit dauernd gesichert ist. Hier bietet sich ihnen
noch zu verhältnismäßig billigen Bedingungen die
Möglichkeit eines baldigen Wiederaufbaues ihrer wirt-
schaftlichen Existenz, während der Süden des ehe-
maligen Barenreides, gleichviel wie seine Neugestaltung
sich schließlich im einzelnen entwickeln mag, doch immer
einer recht ungewissen Zukunft entgegengeht. Schon jetzt
treffen übrigens Rückwanderer in großen Massen von der
östlichen Militärgrenze ein, für die ja auch am besten in
ihrer alten Heimat wieder Raum geschaffen wird. So
handelt es sich darum, Neuland in großem Stile zu
bilden, zum Segen für das Bauernvolk, das hier auf
klimatisch sehr begünstigtem Grund und Boden Wurzel
schlagen soll, zum Segen aber auch für den deutschen
Nachbarstaat, dessen Heeres- und Landesbedürfnisse es
erfordern, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in den
Gebieten der östlichen Militärverwaltung voll entwickelt
werde. Mit dieser Art von „Unterjochung“ des Baltikums
können wir uns vor der Welt schon sehen lassen.

Daß die Neuordnung der kurländischen Besitzverhält-
nisse von der deutschen Militärverwaltung ausgeht, ist in
den Kriegsverhältnissen begründet. Möglich, daß sich diese
oder jene Kreise daran stoßen werden. Aber da die Absicht
unleugbar gut ist und sie überdies im vollen Einklang mit
der eingeleiteten Bevölkerung zur Durchführung
kommen soll, wird man in diesem Falle hoffentlich nicht
wieder über Zwirnsfäden stolpern. Der Erfolg allein ist
es, auf den es hier ankommen kann; und dieser wird
wenn alle Beteiligten so, wie die Größe der gestellten
Aufgabe es erfordert, zusammenarbeiten, nicht ausbleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Nach Mitteilungen von ausländischer Seite ist die
Regelung der Versorgung Hinterbliebener der im Laufe
des Krieges verstorbenen Soldaten die folgende: Die
Witwe eines zum Feldheer gehörenden Soldaten hat
Anspruch auf Kriegswitwengeld, während die Witwe eines
zum Befehlshaber gehörenden Soldaten keinen Anspruch
hat. Daß sich der Verstorbene in besonders gefährdeter
dienstlicher Stellung befunden, so kann ihr trotzdem eine
Unterstützung in gleicher Höhe bewilligt werden.

* Die Verlängerung der Wahlzeit des Reichstages
ist als Gesetzentwurf dem Reichsparlament zugegangen.
Der Entwurf enthält nur die eine Bestimmung: „Die
Legislaturperiode des am 12. Januar 1912 gewählten
Reichstages wird bis zum 12. Januar 1920 verlängert.“ —
Ein weiterer Gesetzentwurf sieht die Verlängerung der
Wahlzeit des Landtages für Elsaß-Lothringen bis zum
31. Dezember 1919 vor.

* Die Vereinigung der Beamtenverbände wurde seit
langer Zeit erstrebt. Es handelt sich um über eine
Million Beamte, von denen 450 000 im Verband der
deutschen Beamtenvereine und über 600 000 in der Inter-
essengemeinschaft der Beamtenvereinigungen organisiert
sind. Verhandlungen, diese beiden größten Vereine zu
einem ganz Deutschland umfassenden Reichsverband zu-
sammenschließen, sind jedoch ergebnislos verlaufen.

Osterreich-Ungarn.

* In Osterreich muß nun, nachdem am 1. Juli die
vorläufige Haushaltsbewilligung abgelaufen war, im
geöffneten Zustande regiert werden, d. h. das Parla-
ment ist ausgeschaltet und die Regierung führt die Ge-
schäfte ohne genehmigten Haushaltsplan. Das ist in
Osterreich infolge der politischen Staatsfeindlichen Eigen-
brödel schon öfter dagewesen. Die Regierung muß nun
versuchen, eine arbeitsfähige Mehrheit zusammenzufinden.
Ob und wie ihr das gelingen soll, ist allerdings eine zur-
zeit kaum lösbare Rätselfrage.

Dänemark.

* Die dänisch-isländischen Verhandlungen haben in
Kopenhagen begonnen. Man rechnet auf dänischer Seite
damit, daß in 14 Tagen alle Schwierigkeiten gelöst sein
werden. Die isländischen Politiker sollen zwar erklärt
haben, sie wünschen keine Trennung von Dänemark, doch
findet sie fest entschlossen, die Anerkennung als selbständigen
Staat und die Berechtigung zur Führung einer eigenen
Flagge zu fordern. Das sind überaus heikle Fragen, deren
Lösung kaum in 14 Tagen zu bewerkstelligen wird.

Großbritannien.

* Infolge der Auflösung des Burgfriedens durch
die Mehrheit ist es zu einer Spaltung in der englischen
Arbeiterpartei gekommen. Es wurde eine neue Partei
begründet, in der nur die Anhänger der Niederböring
Deutschlands aufgenommen werden. In der alten Partei
nimmt indessen die Zahl der Friedensfreunde zu. Sie
hat, ähnlich der französischen Arbeiterorganisation, den
Beschluss gefaßt, daß die Realisierung unverzüglich ihrer
Kriegsziele bekanntgegeben.

Bulgarien.

* Finanzminister Raptischew erklärte über die Ziele
der neuen Regierung: Die auswärtige Politik Bulgariens
bleibt unverändert. Denn wie das bisherige liberale
Kabinett erstrebt auch jetzt das demokratische Kabinett die
Verwirklichung des bulgarischen Nationalideals, die Ver-
einigung aller Bulgaren in einem erweiterten selbständigen
Vaterlande. Da die verbündeten Mittelmächte die Be-
rechtigung dieses Strebens anerkennen haben, so werden sie
auch uns in Fortsetzung dieses Strebens unterstützen, bis
alle Gebiete, ohne welche ein geeinigtes Groß-Bulgarien
unvollständig wäre, — Serbisch- und Griechisch-Mazedonien,
Morawien, die Dobrudscha und Thrazien — ungekürzt
und kompensationslos mit dem Mutterlande verbunden sind.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 2. Juli. In eingeweihten Kreisen rechnet man
mit einer Tagung des Reichstages über den 14. Juli
hinaus. Vor den Sommerferien soll noch der neue Kriegs-
kredit bewilligt werden.

Berlin, 2. Juli. Von der überwiegenden Mehrheit von
Börsenbesuchern ist beim Börsenvorstand der Antrag ein-
gegangen, als Protest gegen die Börsensteuer die Börse bis
zur dritten Lesung der Steuervorlagen zu schließen.

Berlin, 2. Juli. Der Staatssekretär des Reichskolonial-
amtes Dr. Solf, der in der Schweiz erkrankt war, ist hierher
zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder über-
nommen.

Berlin, 2. Juli. Die zweite Lesung der Heeresvor-
lagen im Hauptausschuß des Reichstages ergab die Aufhebung
der Vorkostenfreiheit der Fürsten. Der Steuerfah auf in-
und ausländische Aktien wurde auf 2 vom Tausend festgelegt.

Berlin, 2. Juli. Das Reichsstempelgesetz ist vom
Hauptausschuß des Reichstages nach längeren Auseinander-
setzungen angenommen worden. Der Ausschuss beriet dann
das Umsatzsteuergesetz.

München, 2. Juli. Auf das Jubiläumstelegramm von
der Jubiläumsfeier der Pensionsanstalt Deutscher Journalisten
und Schriftsteller an den Kaiser traf aus dem Großen Haupt-
quartier eine herzliche Antwort ein.

Karlsruhe, 2. Juli. Bei der Erziehung für Wilhelm
Kolb in Karlsruhe West wurde Anton Weismann, Redakteur
der Freiburger Volksmacht, ohne Gegenkandidaten gewählt.

Nürnberg, 2. Juli. Als Antwort auf ein Jubiläums-
telegramm der hier tagenden Reichsfreiwilligenvereine
ließ ein Telegramm des Kaisers ein, in dem hervorgehoben
wird, daß der Kaiser nicht an dem siegreichen Ausgang des
Krieges zweifelt.

Stockholm, 2. Juli. Das Moskauer Volkskommissariat
erklärt, es habe der Rückkehr der Schwarzmeerflotte nach
Sébastopol zugestimmt, unter der Bedingung, daß die Kriegs-
schiffe während des Krieges nicht in Gebrauch genommen
und nach Friedensschluß zurückgegeben werden.

Rotterdam, 2. Juli. Die amerikanische Regierung
hat bei Carranza gegen die mexikanische Verordnung vom
19. Februar protestiert, die die Besteuerung der Petroleum-
quellen eingeführt hat.

Warschau, 2. Juli. Das polnische Finanzministerium
fragte beim Verband der Warschauer Banken an, ob die
Banken einen Kredit von zwanzig Millionen für die
polnische Regierung finanzieren könnten. Der Verband sagte
den Kredit zu.

Konstantinopel, 2. Juli. Die Zeichnungen zur türkischen
Kriegsanleihe ergaben fast 14 Milliarden türkische Pfund.
Das glänzende Ergebnis dieser inneren Anleihe wird von
den Vätern als Zeichen unerschütterlichen Siegeswillens
begrüßt.

Bern, 2. Juli. Der chinesische Minister des Äußern
Lushenghsiang erklärte einem Ausländer: Nach dem Kriege
wird China dem friedlichen Handel mit allen Nationen offen-
stehen. Deutschland werde China bereisenden, den Handels-
verkehr mit ihm wieder aufzunehmen.

Bern, 2. Juli. Der Bundesrat verwurte die deutsch-
schweizerische „Gazette de Lausanne“, weil sie in einem Aufsatz
über den amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, ge-
schrieben hatte, er sei genötigt gewesen, 4 Jahre lang unter
Schurken zu leben.

Berlin, 2. Juli. Nach einer Neutermeldung aus Shanghai
sollen chinesische Truppen Wladivostok besetzt haben.

Holland in Not.

Friedensablage in England.

Haag, 2. Juli.

Das Ministerium hat erklärt, daß es nicht daran denke,
irgendwelche Friedensschritte zu unternehmen, und begründet
diese Mitteilung damit, daß ihm erst vor kurzem von
London aus bedeutet wurde, daß England in jedem
Friedensschritt eine unfreundliche Handlung erblicken müsse.

Holland steht im Zeichen der Wahlen zur Zweiten
Kammer; die jetzige holländische Regierung aber unter
Cort van der Linden sieht sich vor großen, von England
verursachten Schwierigkeiten. Nach den Wahlen rechnet
man mit dem Rücktritt des Kabinetts und der Bildung
eines Ministeriums unter dem Führer der revolutionä-
ren, feindlichen Partei, Deemskerf. Inzwischen ist bereits der
holländische Marineminister Konteradmiral Rammont aus
dem Ministerium von der Linden ausgeschieden, weil er
mit der Haltung der holländischen Regierung England
gegenüber nicht einverstanden war.

Das verschlossene freie Meer.

Am 29. Juni hat — was zum Austritt des holländischen Marineministers führte — England der holländischen Regierung nach monatelangen Verhandlungen erklärt, es könne der Absendung eines holländischen Geleitzuges nach Niederländisch-Indien nicht zustimmen. Daffur verständigte den holländischen Gesandten in London, daß er in der Begleitung der niederländischen Dampfer durch Kriegsschiffe ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegenüber der Entente erblicken müsse. Holland hat nämlich die Begleitung angeordnet, weil es die Wegnahme seiner Schiffe durch die Entente befürchtet. Vor allem sollte die Begleitung holländische Beamte und holländische Güter, ferner Farbstoffe nach Holländisch-Indien bringen. Die Farbstoffe — deutschen Ursprungs — waren bereits eingeladen. Sie sind jetzt wieder ausgeladen worden und die Absendung des Geleitzuges unterbleibt. Zwischen Holland und England ist ferner wegen der den Deutschen nach altem Durchfuhrrecht zustehenden deutschen Reis- und Sandbeförderung auf der Limburgischen Bahn ein neuer Streit ausgebrochen. Die britische Regierung fordert das Recht, diese Zufuhr durch einen englischen Kommissar kontrollieren zu lassen, was Holland nicht zugestehen will. Eine solche englische Kontrolle würde Deutschland erst recht ablehnen. Die Lage der holländischen Regierung ist äußerst schwierig. England, so schreibt die Amsterdamer „Toekomst“, greift einfach ein, als ob wir die Republik Liberia oder ein kleiner Banditenstaat wären. Der Verband droht und Holland gibt nach...

Holländische Unversorgenheit.

Hollands öffentliche Meinung beklagt sich trotz alledem Deutschland gegenüber nicht gerade einer unparteiischen Neutralität. So sprechen selbst früher vernünftige Blätter wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ und „Algemeen Handelsblad“ von untern tapferen Ubootsmannschaften nur von „toll gewordenen Seelöwen“. Ferner hat sich trotz der Ententebomben, die auf Holland niedergehen, in Holland ein Ausschuss gebildet, der bis 60 000 Gulden sammeln will für ein Denkmal, das man Frankreich schenken will, um ihm zu hulldigen für die glänzende Verteidigung seiner Nordostfront. Der Aufruf fließt über von Wendungen schwärmerischer Verherrlichung Frankreichs, seiner Tugenden und Taten. Wenn die Niederländer glauben, durch solche Märsche die Haltung ihrer Regierung stärken und durch üble Schimpfereien gegen uns und ihr Vordringen unter dem Ententejoch sich bei England lieb und nützlich machen zu können, so sind sie gewaltig im Irrtum.

Deutsch-finnischer Handelsvertrag.

Vorläufig auf 6 Monate.

Berlin, 2. Juli.

Am 23. Juni ist ein Handelsvertrag zwischen der deutschen und der finnischen Regierung abgeschlossen worden. Er gilt zunächst für 6 Monate, doch ist anzunehmen, daß er nach seinem Ablauf ohne weitere Verhandlungen erneuert wird.

Die Waren, die Finnland uns liefern wird, werden in der Hauptsache Butter, Öl, Fette, Holz, Papier, Kupfer und Kupferblech sein. Dazu kommen kleine Mengen Raufutur, die aus den Lieferungen der Entente an Russland noch in Finnland lagern. Lebensmittel kommen außer Butter für die Einfuhr nach Deutschland nicht in Betracht, da in Finnland selbst einige Knappheit herrscht. Deutschland wird im Austausch hiergegen vor allem Maschinen, Eisenwaren, Steinsalz, Chemikalien und Kohlen liefern. Zum Teil sind diese Waren in der Weise kontingentiert, daß sie in gleichen Mengen von beiden Staaten aneinander abgegeben werden. Die Bezahlung erfolgt in der beiderseitigen Landesmünze, nicht, wie bei den Handelsverträgen mit anderen neutralen Staaten, in der Währung des Empfangslandes. Selbstverständlich ist in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen worden, die Finnland

verpflichtet, die von Deutschland eingeführten Waren nicht an die Kriegsführenden weiter zu liefern.

Behebung der Papiernot.

Im allgemeinen soll der Austausch mit Finnland auf Grund des freien Handels durchgeführt werden, doch untersteht selbstverständlich die Einfuhr kontingentierter Stoffe den deutschen Kriegsgesellschaften. Es ist zu hoffen, daß die Papiereinfuhr aus Finnland reichlich genug sein wird, um die Räte, in denen sich Presse und Verlagswesen befinden, wenigstens zum Teil zu beheben. Die Durchfuhrerlaubnis, die Finnland in dem Vertrag für Zellulose und fertiges Papier nach der Schweiz erhalten hat, soll nur dann in Kraft treten, wenn der deutsche Bedarf völlig gedeckt ist oder wenn nicht „praktische Schwierigkeiten“, wie z. B. Transportnachteile und militärische Gesichtspunkte, eine Durchfuhr verbieten.

Vom Tage.

Auf welcher geschmackvollen Weise man in den Vereinigten Staaten Geld für das Rote Kreuz sammelt, zeigt ein vom 17. Juni datierter Bericht einer Londoner Zeitung. Das Blatt erzählt aus Newport, daß man dort den — Sara Kaiser Wilhelm aufgestellt hat, und daß jeder, der einen Dollar spendet, in diesen Sara einen Nagel einreiben darf, und außerdem ein Abzeichen erhält. Die Nägel köpfen die Herrschaften wahrscheinlich nur aus ihren eigenen Köpfen zu nehmen, denn auf so perverse Gedanken kann aus ein gründlich vernagelter Kopf kommen.

Als im englischen Unterhause der Abgeordnete Pemberton Billing hartnäckig darauf bestand, die Frage der Internierung der feindlichen Ausländer zur Sprache zu bringen, wurde er vom Sprecher aufgefordert, das Haus zu verlassen. Als er sich weigerte, dies zu tun, wurde er durch fünf Diener aus dem Saal entfernt und vor das Parlamentsgebäude geführt. Pemberton Billing ist der Mann, der kürzlich durch seinen gegen Asquith, Salts und andere Größen angelegten Skandalprozess in England unliebsames Aufsehen erregte. Bei seinem Stinnschmerz hat also wahrscheinlich auch ein wenig Rache mitspielt. Im übrigen aber hat er diesen Stinnschmerz längst verdient, denn er ist ein kompletter Narr, der schon mehr als einmal Stänkereien gemacht hat.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 3. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Erkundungsgeheute. Stärkere Vorstöße der Engländer bei Merrett und Mogenneville (südlich von Arras) scheiterten. In örtlichen Kämpfen nordwestlich von Albert machten wir Gefangene.

Seeresgruppe Deutsch Kronprinz. Nördlich der Wisme haben sich heute früh heftige Kämpfe entwickelt. Zwischen Wisme und Marne hielt rege Tätigkeit des Feindes an. Tellingriffe bei St. Pierre-Aigle und westlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Aus einem amerikanischen Geschwader von neun Einheiten wurden vier Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Ulbricht erlangt hierbei seinen 39., Leutnant Bönenhard seinen 33. und 34. Luftsieg. Leutnant Friedrich und Bigfeldmeyer haben je einen 20. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vor wichtigen Entscheidungen im Westen?

Nach Sender Berichten aus Paris sind die fremden Militärattacheés an die Front abgereist. Auch Clemenceau hat sich ins Hauptquartier begeben. Alle Anzeichen sprechen für den Wiederbeginn der Kämpfe im Westen und wichtige Entscheidungen. In Absprache mit dem Kaiser wird beraten.

Stadt und Land — Hand in Hand.

Von Ad. Beddinghaus, Demer.

Von einem Teilnehmer der Ausflugswoche im Osten, deren Zweck die Förderung des Verkehrs zwischen Industrie und Landwirtschaft ist, wird uns aus Thorn geschrieben:

Was die aus dem Westen nach dem Osten gereisten Herren — Männer aller Berufsstände, Arbeiter, Beamte, Beamte, Schriftsteller — angenehm berührte, das war die offene Gerechtigkeit, mit der man sie aufnahm, die trotz aller Kriegsnöte großzügige Gastfreundschaft. Das war vor allem die sich kundgebende ernste Auffassung von den Pflichten, die der Osten für die Volksernährung des Westens auf sich zu nehmen hat. Im Westen glaubt man vielfach, im Osten herrsche noch Überfluß. Thorns Oberhaupt, Oberbürgermeister Dr. Haff, zeigte nun auf dem Empfangsabend, daß die Rationierung in den Städten des Ostens deren Bewohner nicht günstiger stellt, als die des Westens, eher das Gegenteil. Thorn hat keine Kartoffeln mehr, es gibt statt sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche als Ersatz 1/2 Pfund Grütze. An Fleisch erhalten die Thorer weniger als z. B. die Berliner, ein Ei gibt es jetzt alle drei Wochen. Ohne Wutren nimmt das die Bevölkerung auf sich, sie weiß, daß die Rüstungsarbeiter so gut wie eben möglich versorgt werden müssen. Daß die Behörden nicht die Schuld tragen, beweisen die Mitteilungen des Regierungspräsidenten Dr. Schilling-Marienwerder. Er hat versucht, alles reiflich zu verwerten, Bräunungen der Bestände und Nachprüfungen wurden streng durchgeführt und dabei volles Verständnis gefunden. „Für unsere Industriearbeiter muß alles getan werden“, sagte mir der Vorkämpfer eines 8000 Morgen großen Gutes. Der Regierungsbezirk Marienwerder mit 960 000 Einwohnern hat es vermocht, auf einer Bodenschicht von 1 768 000 Hektar 127 874 Tonnen Brotgetreide, 402 000 Tonnen Kartoffeln abzuliefern, der Versorgungsbezirk Thorn hat 70 000 Tonnen abgeliefert und sitzt nun selbst völlig auf dem Trockenen. Diese Zahlen werden gewiß im Lande ihres Eindruckes nicht verfehlen, so wenig sich die Männer aus dem Westen der Bucht der Lasten verschließen konnten. Das kam in allen Reden zum Ausdruck. Treue um Treue — so wollen sie es halten, Stadt und Land. Ost und West. Unsere deutsche Ostmark.

das durch die Tapferkeit auch der Krieger aus dem Westen vom Feinde gesäuberte und freigehaltene Land, weiß, was es schuldet, um die Arbeiterkraft und Bewässerung unserer Rüstungszentren lebensfähig zu halten, damit dort weiter die Waffen für unser Meer geschmiedet werden können.

Alles deutsches Kolonialland ist es, das der Weichsel breiter Strom durchfließt. Vom Westen wurde diesem Land die Kultur gebracht, die es dann in eigener Weise weiter entwickelt hat. Sieben Jahrhunderte alt sind die Beziehungen zwischen Thorn und Westfalen, das der von den Ordensrittern gegründeten Burgstadt den ersten Bürgermeister gab in Johann von Soest. Die drei Jahrhunderte politische Herrschaft haben diese Beziehungen niemals unterbrechen können und werden sie in Zukunft, wenn erst einmal der Mittellandkanal durchgeführt und das Verkehrsnetz im Osten noch besser ausgebaut ist, noch vertiefen. Der Osten erwartet dabei die Mithilfe des Westens, erwartet eine Entwicklung, die die Bodenschätze dieses Landes vorteilhafter verwertet zum besten der deutschen Volkswirtschaft. Die günstige Gestaltung der Verhältnisse im angrenzenden Osteuropa eröffnen dem Handel des alten deutschen Ordenslandes neue Wege. Bei ihrer Erschließung wird der Westen auch mithelfen. Die Bedeutung unserer Ostmark für das Wirtschaftsleben unseres Vaterlandes, vielfach verkannt, hat der Weltkrieg ins rechte Licht gerückt.

Wenn auch nach dem Friedensschluß manches wieder in alte Bahnen zurückkehrt, so wird doch das als Frucht der Lehren dieses gewaltigen Kampfes Gemeingut werden: Ost und West müssen ein unteilbares Ganzes bilden, eins muß das andere stützen und fördern. Stadt und Land Hand in Hand, Ost und West in Treue fest — dann „lieb Vaterland magst ruhig sein!“

Bemischtes.

Der Reichskanzler zur Rückgabe der Deutschland geraubten Kunstwerke. Der Hauptauschuss der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft hatte in einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe die Rückgabe der in Feindesland befindlichen, im Laufe der letzten 150 Jahre dem deutschen Staats- und Privatbesitz mit Gewalt entzogenen Kunstwerke gefordert. Bei Friedensschluß, so betonte die Eingabe, möge darauf geachtet werden, daß diese Bezaugen jahrhundertelangen deutschen Kunst- und

enallische Setzungen, eine neue deutsche Offensive unmittelbar bevor. Der Sachverständige der Daily Chronicle behauptet, daß die Deutschen den neuen Vorstoß mindestens 50 Divisionen unternehmen werden, die bereits längere Zeit für diesen Zweck bereit halten.

Schwundende Hoffnungen.

In der französischen Presse wird erklärt, man habe mit einem Eingreifen Japans in Sibirien, der die Front entlasten könnte, kaum noch rechnen. Und wie das Echo dieser sinkenden Hoffnung kommt aus Amerika die Nachricht, daß Generalstaatsanwalt James Bed in einer Ansprache sagte: „Wenn Amerika auch nur den geringsten Bruchteil seiner Verpflegungen gehalten hätte, so müßte Hindenburgs mächtiger Vorstoß wahrscheinlich schon gebrochen. Wir hätten unseren Verhandlungsgenossen wenigstens 20 000 Flugzeuge versprochen. Bis jetzt haben wir aber bedauerlicherweise noch nicht einmal zehn nach Europa schicken können. Der gute Wille Amerikas ist unbestreitbar, aber über allen unseren politischen und kriegerischen Leistungen steht das Verdammungsurteil. „Su ipso!“

Neuer Luftangriff auf Paris.

Savas meldet mittags aus Paris: In der Nacht vom 2. d. Mts. um 12 Uhr 43 Minuten wurde wieder Alarm gegeben. Die Batterien eröffneten das Feuer, die Verteidigungsmittel wurden in Tätigkeit gesetzt. Um 2 Uhr 20 Minuten ging der Alarm zu Ende. Viele Bomben fielen in der Umgebung von Paris nieder.

Unser U-Boot-Krieg.

In englischen Gewässern 17 000 Tonnen versenkt. Berlin, 2. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 17 000 Br.-Reg.-T. feindlichen Handelschiffen vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Mangel an Grubenholz infolge des U-Boot-Kriegs und an Arbeitern infolge des dringenden Bedarfs an englischen Seeres an Mannschaften, um die gewaltigen Rüden an der Westfront zu schließen, haben einen wichtigen bedeutenden Rückschlag der englischen Kohlenförderung herbeigeführt. So schreibt das Fachblatt des Eisen- und Kohlenhandels am 18. Mai: Die allgemeine Lage der Kohlenhandels ist äußerst ernst geworden. Die Ausbeute in den letzten Wochen um 15 bis 25%, was dem gegangenen ist, haben die Gruben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Lieferungen an Hauskohlen im Vergleich zu den Anforderungen äußerst gering. In einigen Fabriken mußte die Arbeit aus Mangel an Material eingestellt werden. Täglich wird die Kohlenlieferung, so daß eine Rationierung sowohl für die Fabriken wie auch den Hausgebrauch notwendig sein wird.

Ein englisches Hospitalschiff vernichtet.

Einer amtlichen Meldung der Londoner Admiralgouverneur zufolge ist das Hospitalschiff „Landover“ am 27. Juni 11 423 Tonnen, am 27. Juni abends torpediert und versenkt worden. 294 Mann der Besatzung wurden getötet.

Wie alle ähnlichen Behauptungen der englischen Admiralität, dürfte es auch in diesem Falle nicht den Tatsachen entsprechen, daß ein deutsches U-Boot an dem Schicksal des Schiffes schuld ist. Wie aus späteren Nachrichten hervorgeht, hat niemand an Bord des Dampfers ein U-Boot oder einen Torpedo bemerkt. Jedenfalls ist die Ursache des Verlustes auf eine englische Mine zurückzuführen.

Die Engländer an der Marmanstraße.

Im englischen Unterhause wurde die Regierung gefragt, ob es richtig sei, daß England über die Verluste der russischen Sowjetregierung maritime und militärische

Kulturlebens wieder in deutschen Besitz gelangt. Daraufhin hat sich der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Radomsky dem Hauptauschuss geantwortet, daß er keine Eingabe mit Interesse angenommen. Die darin angeregten Fragen bilden seit längerer Zeit den Gegenstand der Aufmerksamkeit beteiligten Stellen, denen auch die vorliegende Eingabe überwiesen wird.

O Das verteuerte Reichsbuch. Das Reichsbuch, das in Friedenszeiten in einem halben Bunde, der auch die wichtigsten Fabrikanten Frankreichs, Italiens, Russlands usw. enthielt, 2 Pfund kostete, kostet jetzt bei einem gegen früher um ein Viertel verminderten Umfang 6 Mark. Diese Preissteigerung um 200% gibt einen Begriff davon, wie die Herstellungskosten der Bücher gestiegen sind, denn bei diesem vom Reichspostamt herausgegebenen Schlagwerk Preiswucher vorliegt, wird wohl niemand annehmen wollen.

Vom Frauenwahlrecht. In Verbindung mit jüngst erfolgten Änderungen der englischen Wahlgesetze ist die Frage aufgeworfen worden, ob englische Frauen in das Parlament gewählt werden dürfen. In die er Sinsicht scheinen noch verschiedene Zweifel zu bestehen. Minister Bonar Law hat wenigstens unlängst in einer Sitzung des Parlamentes, daß die Berater der Krone sich zunächst erst mit der Frage beschäftigen müßten, inwieweit die Wahlberechtigung mit den noch bestehenden Landesgesetzen in Einklang sein könnte; so ohne weiteres werde sich die den stolzen und lange erlebten Titel „Mr.“ unsern M. d. R. entspricht) wohl nicht beilegen lassen. Inzwischen rechnet man aber bereits mit der Möglichkeit, daß Frauen in das Unterhaus ihren Einzug halten und ein Londoner Blatt mitteilte dieser Tage: „kommenden Parlamentsrednerinnen“ folgende Rede:

In the staid House of Commons at some future

The woman M. P. may be heard.

But will she observe all the rules of debate,

Or insist that she has the last word?

Deutsch:

Im Unterhaus huldigt in künftiger Zeit

Auch die Frau M. P. wohl dem Redefort.

Doch ist sie nach Regeln zu reden bereit.

Oder will sie behalten das — letzte Wort?

angeboten habe oder anbieten werde, um die Rückwärtsentwicklung des Handels und des Verkehrs zu erhalten. — Lord Robert Cecil erklärte, falls die Sowjetregierung eine Aufforderung an militärischen Beistand ergehen ließe, er seine sympathische Erwägung finden, aber ich bin nicht in der Lage, weitere Erklärungen abzugeben. Es handelt sich offenbar um eine bestellte Anfrage, parlamentarische Behandlung die Moskau Regierung an dem Entschluß bringen soll, sich mit der Erneuerung von freigelegten Maßnahmen zu vereinbaren. Moskau denkt nicht daran, der Lösung zu folgen.

Kriegsgefangene. 2. Juli. Der amtliche Kriegsbericht meldet, dass die Artilleriekämpfe an der ganzen italienischen Front.

Amsterdam, 2. Juli. „Morningpost“ meldet aus Warschau, dass man den Abbruch des Krieges im Jahre 1920.

2. Juli. Französische Blätter berichten, dass in den französischen Gefangen am Atlantischen Ozean mit dem deutschen Dampfer „Vaterland“ 12 000 Mann deutscher Truppen gelandet seien.

2. Juli. Der Sohn des ermordeten französischen Luftfahrers Zaurès, der als Leutnant an der Front mitverstarb.

2. Juli. Die französischen militärischen und technischen Blätter stellen fest, dass der neue deutsche Jagdflugzeug technisch eine außerordentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen deutschen Flugmodellen darstellt.

2. Juli. Der Verkehr im Suezkanal ist im Jahre 1917 gegenüber 1913 unter dem Druck des Weltkrieges um fast 12 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Aufsichtsratschamster.

Von Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin.

Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte ist ein lehrreiches Buch. Wer darin zu lesen versteht, sieht nicht nur Namen und Adressen, sondern auch mehr. Er sieht Zusammenfassungen, bedeutsame Einzelverordnungen, Bedrohungen der Schwächeren und der Minderheiten, sozialpolitische Beeinflussungen. Er sieht diesen Sammelungsprozess im Bankwesen und in der Industrie, der eine Wirtschaftswandlung von unheimlicher Bedeutung ist. Schließlich sieht er eine Reformnotwendigkeit und macht den Gesetzgeber auf solche Zustände aufmerksam.

Das Mitglied eines deutschen Aktienaufsichtsrates soll dem Gesetze die Geschäfte der Gesellschaft kontrollieren. Er wiederholt Stichproben, mit Beobachtung der geschäftlichen und technischen Vorgänge, mit Aufsicht und Kritik. Der Aufsichtsrat soll die Fiktion der Wirklichkeit durchbrechen und sich nicht auf Repräsentation, auf Zigarren, Schmausen und Blandieren beschränken. Er soll die Bilanz als Unterfütterung feststellen oder die Bilanzen von betrübten prüfen lassen. Er soll eben ein Kontrollorgan sein. Nun gibt es Leute in Deutschland, die, nach dem sogenannten Rucke, 50 und mehr Aufsichtsratsstellen innehaben. Einer, Herr Louis Hagen, der Inhaber einer bekannten rheinischen Bankfirma, vereinigt sogar 57 Aufsichtsratsmandate in seiner Hand. Der Seniorchef einer Berliner Handelsgesellschaft, hat nur ein Mandat inne. Er ist der beschlagene Bankmann Deutschlands. Aber auch er mit seiner Vielseitigkeit, mit seiner Anpassungsfähigkeit, seiner Geistesgegenwart und seinem Witz kann unmöglich 56 Aufsichtsratsmandate ausüben. Dann kommt eine ganze Reihe von Leuten, die zwischen 50 und 40 innehaben und eine große Zahl mit 10 Aufsichtsratsstellen. Dieser Zustand ist gefährlich und auch sonst nicht zu entschuldigen. Die Aufsichtsratschamster suchen sich mit allerlei Gründen zu verteidigen, aber ihre Gründe sind nicht einleuchtend. Gut denkende Geschäftsleute finden immer tüchtige Persönlichkeiten und Bandverbindungen. Sie bedürfen weder der Repräsentation noch der Anlockung einer Bank durch Aufsichtsratsmandate. Sie wirken mit ihrer Rentabilität mit dem Kapital, mit ihren Gewinnchancen.

Die Aufsichtsratszusammensetzung ist ein Ausdruck der Kapitalzusammensetzung. Sie zeigt die fortschreitende Konzentration der großen Konzerne, den Wachsen des Kapitals und den ungeheuren wachsenden Einfluss der großen Betriebe. Sie zeigt ferner die Vernichtung des demokratischen Grundgesetzes des Aktienrechtes. Denn die Konzentration vieler Aufsichtsratsmandate nimmt den Aktienbesitzern den Einfluss auf die Aktienpolitik. Sie bedingt die Bestimmung vieler Politik von wenigen Zentralmächten aus. Damit wird die Aktienentwicklung, die Entwicklung fremden Kapitals, dem Willen oder der Willkür einzelner verhältnismäßig kleinen Anzahl von Personen unterworfen. Es gibt in Deutschland „Milliardenkapitäne“, die als Kapitalherren beherrschen, Kapitalherren ohne Krone, Kapitalherren von herzoglicher Macht. Diese Leute sind bisher unbedacht geblieben. Man hat allerlei Gesetze gemacht, heilsuchend soziale politische Gesetze, ohne zu bedenken, dass die Kapitalherren die Gesetze durchsetzen können. Sie lenken gewisse Entwicklungen nicht der Gesetzgeber. Die Kapitalkonzentration führt zum Zustand der Gesetzlosigkeit. Dieses Kapitel über noch nicht eingehend gewürdigt worden, sonst man schon längst den Kampf dagegen begonnen hätte. Aktienkonzernherren sind durch den Krieg noch mächtiger geworden. Sie schließen nicht nur Millionen zusammen, sondern auch die Ländereien nicht viel weniger. Sie nützen die Kapitalansammlung zum Aufbau immer neuer Unternehmungen aus. Sie durchdringen die Kriegswirtschaftsorganisation mit privatrechtlichen Interessen und gefährden so den Allgemeinwohl der Organisation. Sie gefährden ferner die Wiedereinrichtung der Selbstständigkeit in der Übergangswirtschaft. Man muss sich bemühen, um so schwieriger wird die Entwicklung.

Man mag diese Entwicklung grundsätzlich begrüßen, aber man muss sie in bestimmte Bahnen lenken. Man bedarf es einer Kontrolle, einer Abkühlung der unkontrollierten Gewinne für Sozialzwecke, einer Teilhabe der Gewinne innerhalb der Konzerne, einer Teilhabe nicht nur des Staates, sondern auch der Arbeiter an den Gewinnen. Das wäre eine sozialpolitische Ausnutzung der Entwicklung. Will man aber nicht, so muss man sich dem Wagnis des Konzentrationskapitals entgegenstellen. Dann muss man die Entwicklungsmöglichkeiten bedenken lassen, die

ihre Wirtschaftstätigkeit selbstständig betätigen wollen. Die Übergangswirtschaft wird möglichst viele Selbstständigen fordern. Auch der Sozialsozialist kommt um diese Notwendigkeit nicht herum. Denn eine materialverarbeitende Wirtschaft bedarf der energiegelassenen Lebhaftigkeit, des Kauf- und Verkaufswettbewerbs. Staatssozialismus ist nur auf einer selbstständigen Wirtschaft möglich. Will man ihn, so muss man bessere Seiten abwarten.

Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 4. Juli.

Der Winterfahrplan. Die Eisenbahnverwaltungen sind, wie mitgeteilt wird, mit der Ausarbeitung des Entwurfs für den Winterfahrplan beschäftigt. Mit einer Vermehrung der Personenzüge ist wohl nicht zu rechnen, wohl aber wird es in manchen Fällen möglich sein, die Fahrpläne bestehender Züge so zu ändern, dass sie eine für die Bevölkerung günstigere Lage erhalten. Etwaige dahingehende Anträge werden der Eisenbahn-Direktion zweckmäßig jezt mitgeteilt. Wenn wichtigere Interessen der Industrie und des Handels in Frage kommen, empfiehlt es sich, die Vermittlung der Handelskammern in Anspruch zu nehmen.

Gefährlicher Salzerguss. An Stelle von Kochsalz oder Chlornatrium hat man neuerdings versucht, Chlorkalium als „Kalkstein-Speisesalz“ für den menschlichen Genuss in den Verkehr zu bringen. In mäßigen Mengen genossen, sind zwar dem Chlorkalium keine unmittelbaren gesundheitsschädlichen Wirkungen zuzuschreiben. Bei größeren Mengen ist aber nicht mehr sicher, ob sie schaden. Das Kochsalz lässt sich auch in der Nahrung des Menschen durch Chlorkalium nicht ersetzen. Das Kochsalz ist eine unentbehrliche und erziehbare Würze. Es bildet einen Bestandteil der Nahrung, ohne den das Bestehen und die Tätigkeit des menschlichen Körpers sich nicht aufrechterhalten lässt. Bei einer Verdrängung des Kochsalzes durch Chlorkalium wären schwere Gesundheitsschädigungen zu befürchten. Auch im Geschmack kann Chlorkalium nicht Kochsalz ersetzen. Die zuständigen Minister haben deshalb die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin erklart, die beteiligten Beamten und Sachverständigen hierauf hinzuweisen. Dilemme! Es steht das Nahrungsmittelgesetz, die Verordnungen gegen eine irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genussmitteln und zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel entgegen.

Auch in dieser Gegend ist eine Anzahl Personen an infuenziösen Erscheinungen erkrankt, sodass wir von dem Auftreten der sogenannten Spanischen Krankheit im Westerwald sprechen können. Bis jetzt ist der Krankheitsverlauf gutartig und ohne ernsthafte Folgeerscheinungen. Ein Freund unseres Blattes, der infolge seines Alters über reiche Erfahrungen verfügt, möchte die Krankheitserscheinungen dem ungesunden, veränderlichen Wetter zuschreiben. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wäre bei ähnlichem Witterungsverlauf die Grippe ebenfalls epidemisch aufgetreten. Die jetzigen Krankheitserscheinungen wichen von damals nicht ab. Nur habe man ihr jetzt den komischen Namen „Spanische Krankheit“ beigelegt, wahrscheinlich wohl deshalb, weil sie strenge Neutralität übt und sowohl Freund wie Feind nicht verschont.

Unan, 3. Juli. Nach beinahe vierjähriger Gefangenschaft gelang es dem Musketier Karl Schumacher von hier, aus Russland zu entfliehen und nach großen Mühen Deutschland zu erreichen. Am Sonntag kehrte er in die Heimat zurück.

Büdingen, 3. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurde unser seitheriger Bürgermeister Dewald einstimmig wiedergewählt.

Wölferlingen, 3. Juli. Die Hoffnung auf eine gute Rapsernte ist hier leider nicht in Erfüllung gegangen. Nicht allein, dass die letzte Regenperiode die Ernte viel geschädigt hat, sondern auch ein über unsere Grenzen niedergegangener Hagelschauer am vorigen Freitag hat vielen Schaden angerichtet, da fast noch keine Einfuhr stattgefunden hatte wie in dem unteren Teil des Kreises. Viele Landwirte hier werden aus ihrer diesjährigen Ernte kaum ihren Bedarf decken können.

Bad Ems, 2. Juli. Unter dem Vorsitz des Vergrats Groebler-Wehler trat der Bahn-Kanal-Verein im hiesigen Kurhaus zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Dem Geschäftsbericht zufolge war die Tätigkeit des Vereins während des Krieges erheblich eingeschränkt; sie erstreckt sich vorwiegend auf die Erfassung statistischen Materials. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Landesgeologen Dr. Nibburg über die nutzbaren Mineralien des Bahngebietes als Grundlage des Bahnanals. An abbaubereiten verschiffbaren Mineralien besitzt das Bahngebiet große Lager von Rot-eisenstein, Kalk, Marmor, Ton und Basalt. Von Wichtigkeit für den Bergbau und damit als Absatzgebiet in Frage kommend sind ferner Blei- und Zinkerze sowie Mineralwasser. Vergrat Groebler sprach über den geplanten Bahnanal. Der Verein will in Zukunft keine neuen Kanalpläne ausarbeiten, sondern dies der Staatsregierung überlassen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, im Anschluss an die Mosellanalysierung auch die Schiffbarkeit der Bahn zu bewerkstelligen zu wollen. Reichstagsabgeordneter Dr. Dahlem-Niederrhein übernahm es, persönlich dem zuständigen Minister die Wünsche des Bahngebietes vorzutragen. Die nächste Hauptversammlung findet in Weilburg statt.

Koblenz, 2. Juli. Heute vormittag griffen 9 feindliche Flieger die Stadt Koblenz an und wurden von den Abwehrgeschützen unter heftigem Feuer genommen. Es wurden 19 Bomben abgeworfen, die einigen Sachschaden anrichteten. Eine Frau wurde schwer, ein Mann leicht verletzt.

Röln, 2. Juli. Heute vormittag wurde die Stadt

Röln wegen drohender Fliegergefahr alarmiert. Ein Angriff erfolgte nicht.

Frankfurt a. M., 2. Juli. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung wurde bei der Magistratsvorlage über Beteiligung der Stadt an der Milchbeschaffung festgestellt, dass die gesamte stadtseitige Milchversorgung bisher während des Krieges einen Fehlbetrag von 5 Millionen Mark ergeben hat. Die Hälfte des gesamten Milchbetrags bezieht die Stadt nunmehr aus den kleinen Bauernwirtschaften der Umgegend, bei denen städtische Rinder eingestellt sind. Trotz des hohen Fehlbetrags sprachen sich die Redner aller Fraktionen für die unbedingte Weiterführung der Milch-Regierungswirtschaft aus, da allein auf diese Weise der Milchnot Einhalt geboten werden könne.

Nach und Fern.

Neue Kohlenfelder. In der Gegend zwischen Ribedna und Prohlag (Mähren) wurden bedeutende Kohlenfelder festgestellt, deren Abbaufähigkeit bargehen wurde. Die Erschließung der Felder und die Anlage der Bergwerke soll möglichst bald nach Friedensschluss erfolgen. Im Zusammenhang mit der Erschließung steht der Plan einer Umgestaltung der Eöthen-Radegaster Kleinbahn zur Vollerbahn.

Die Vermehrung der Sparanlagen. betrug im Monat Mai nach dem Bericht der deutschen Sparkassen 450 Millionen Mark gegen 300 Millionen im Jahre 1917 und 250 Millionen im Jahre 1918. Auch diesmal waren die Einzahlungen niedriger, dafür aber zahlreicher, ein Beweis für die wachsende Sparkraft breiterer Schichten.

Schiebungen mit Saatgetreide. In Hörter wurde unter dem Verdacht, umfangreiche Schiebungen mit Saatgetreide vorgenommen zu haben, der Getreidehändler Moritz Hochheimer, Kommissar der Reichsgetreidestelle und Mitglied der Handelskammer in Bielefeld, verhaftet.

Die „spanische Grippe“ überall. Die sogenannte spanische Grippe ist jetzt auch in Stuttgart, in Danzig und in der Schweiz aufgetreten. Der Verlauf der Krankheit ist bisher überall harmlos.

Von der Zugstube gestürzt. Bei einem Aufstieg auf die Zugstube sind ein 16-jähriger Eisenbahner und eine 21 Jahre alte Hilfsarbeiterin, beide aus München, abgestürzt. Sie sind sofort tot.

Drei Vergleute getötet. Auf der Seche „Sentrum“ bei Wattencheid wurden drei Vergleute von herabstürzenden Gesteinmassen verschüttet und getötet. — Von den auf der Seche „Schamrod“ bei Herne seit einigen Tagen verschütteten sechs Vergleuten konnten zwei gerettet werden. An der Vergung der übrigen Eingekerkerten wird fleißig gearbeitet.

Arbeitsunwillige Kriegerfrauen. Der bekannte Landtagsabgeordnete Landrat v. Kardorff in Rissa in Posen wendet sich in einer Bekanntmachung energisch gegen arbeitsunwillige Kriegerfrauen, namentlich aus ländlichen Bezirken seines Kreises, die sich, obwohl sie gesund und kräftig genug sind, die Arbeit zu leisten weigern und ihre Kinder davon fernhalten. Er erklärt, dass er, wenn sich Kriegerfrauen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen arbeitsfähig sind und körperlich zu arbeiten vermögen, zu arbeiten weigern würden, annehmen müsse, dass sie der Familienunterstützung zum Durchkommen nicht bedürften, und die Zahlung dieser Unterstützung einstellen lassen werde.

Karriere. Das beliebte Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist von dem Dörfchen Kopsbühlern nützlich in die Wirklichkeit überleitet worden: in dem bei Kassel gelegenen Orte wurde der Ortsdiener zum Bürgermeister gewählt.

Die neuen Einschränkungen des Fremdenverkehrs. in Bayern sind in Kraft getreten. Die Aufenthaltsdauer im Hoch- und Voralpenland ist von vier auf drei Wochen herabgesetzt. Die Höchstzahl der zu beherbergenden Gäste bestimmen die Vorstände der Kommunalverbände. Die Beherbergungsbeschränkung ist auf die Hälfte der verfügbaren Betten herabgesetzt. Zur Verhinderung der Gastwanderingen durch verschiedene Kommunalverbände sind eigene Fremdenkontrollen angeordnet. Die Gepäckkontrolle wird auch auf ihre Herkunft ausgedehnt.

Eine schwedische Studienkommission in Deutschland. Eine Kommission von zehn schwedischen Offizieren wird sich gegen Ende Juli zu Studienzwecken nach Deutschland begeben.

Mosegger über den Tabak aus Buchenblättern. Peter Mosegger, der vor kurzem gestorbene österreichische Dichter, schreibt in seiner Erzählung „Der liebe Gott geht durch den Wald“ von der darin vorkommenden Hauptperson, dem plötzlich in elende Verhältnisse geratenen Reicher-Lenz: Er war ein leidenschaftlicher Raucher; für all seine Mühe war der persönliche Lohn stets ein behagliches Pfeifen. Diemal er nun keinen Tabak mehr kaufen konnte, beizte er Buchenblätter in Harz und wunderte sich schließlich, wie der Arbeitsmensch so viel Geld ausbeute für ein Ding, das er selbst bereiten konnte! — Diese Worte hat Mosegger nicht etwa erst im jetzigen Kriege geschrieben zum Trost und zur Mahnung für die Raucher, sondern bereits im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Ob der Dichter allerdings selbst Buchenlaubraucher war, ist uns nicht bekannt.

Flugpost Wien-Budapest. Wie aus Budapest berichtet wird, soll von nächster Woche ab der Telegramm- und Briefpostverkehr für Private zwischen Budapest und Wien mittels Flugpost abgewickelt werden. Demnach wird auch der Flugpostverkehr zwischen Budapest, Arad und Klausenburg eröffnet werden, der später bis Odessa zur Abwicklung des Verkehrs mit der Ukraine erweitert werden soll.

Kohlendiebstahl im großen. Aus Calais wird berichtet: Ein eigenartiger Diebstahl hat sich hier ereignet. In einer Nacht sind 25 000 Kilo Kohlen aus dem Eisenbahnlagerplatz gestohlen worden. Eine ganze Anzahl Personen ist in die Sache, die großes Aufsehen erregt, verwickelt.

Wirtschaftliche Konferenz in Sofia. Im September wird unter dem Vorsitz des Barons Ferdinand in Sofia eine

Ch. Kirchbühl, Bach